

08.09.2021

## Kleine Anfrage 5943

der Abgeordneten René Schneider und Ibrahim Yetim SPD

### **Ein Körnchen Wahrheit: Wie viel Kies und Sand brauchen wir wirklich in den nächsten 25 Jahren?**

Der Landesentwicklungsplan des Landes Nordrhein-Westfalen (LEP) verpflichtet die sechs Regionalplanungsbehörden unter anderem dazu, die Versorgung der Wirtschaft und der Bevölkerung mit mineralischen Rohstoffen sicherzustellen. Ihnen obliegt hiernach die raumplanerische Festlegung. Diese gestaltet sich aufgrund der Jahr für Jahr erhöhten Abbaumengen an Primärrohstoffen wie Kies und Sand immer schwieriger, denn Nutzungskonflikte nehmen weiter zu, während freie Flächen gleichzeitig immer weniger werden. Konfliktfreie Neulächen für den Abbau von oberflächennahen Rohstoffen gibt es nicht mehr.

Um die regionalen Planungsbehörden in diesen komplexen Planungsprozessen mit einer vermeintlich neutralen Datengrundlage zu unterstützen, wurde 2011 durch die rot-grüne Landesregierung das luftbildgestützte Abgrabungsmonitoring durch den Geologischen Dienst des Landes eingeführt. Dadurch sollten erstmals sowohl Flächenverbrauch als auch Rohstoffreserven behördlich erfasst und aufbereitet werden, um daraus so etwas wie einen Bedarf ermitteln zu können. Diese Berechnungen des Geologischen Dienstes des Landes NRW sind die Grundlage dafür, wie groß die von den Regionalplanungsbehörden nachzuweisenden Abbaufächen letztlich werden müssen. Zwar wurden das Abgrabungsmonitoring in den vergangenen Jahren bereits angewandt und die bestehenden Regionalpläne fortgeschrieben. Der Regionalplan Ruhr ist jedoch der erste Regionalplan, der seit langem „auf weißem Papier“ entsteht, denn erstmals muss der Regionalverband Ruhr (RVR) mit dieser Berechnungsgrundlage schon im Rahmen der Aufstellung umgehen.

Dieses Verfahren stand bereits vor der Verabschiedung des LEP im Jahr 2019 in der Kritik, da sich zu diesem Zeitpunkt bereits die oben beschriebene Konfliktlage abzeichnete. Eine Klage gegen das Land NRW in dieser Frage wird aktuell vor dem Oberverwaltungsgericht verhandelt. Denn es bleibt offen, welcher Bedarf eigentlich gedeckt werden soll. So liefert das Verfahren keine Antworten auf die Frage der Exporthöhe oder der Einlagerung bereits abgebauter Rohstoffe, um hierdurch einen höheren Bedarf als eigentlich nötig zu „simulieren“. Ebenfalls bleibt unklar, wie bereits bestehende und zukünftige Substitutionsmöglichkeiten Eingang in die Berechnung des Bedarfs finden, wie es der LEP ausdrücklich in Grundsatz 9.1-2 vorsieht.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Landesregierung um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie hat der Geologische Dienst den aktuellen Bedarf an Rohstoffen im Planungsgebiet des Regionalverbandes Ruhr berechnet? (Bitte um detaillierte Auskunft.)

Datum des Originals: 08.09.2021/Ausgegeben: 09.09.2021

2. In welchem Umfang hat der Geologische Dienst dabei recycelte Rohstoffe in seine Berechnungen miteinbezogen, um hierdurch Primärrohstoffe im Planungszeitraum von 25 Jahren zu substituieren? (Bitte das Verfahren detailliert beschreiben.
3. Inwiefern wird der Ausbau von Recyclingwerken bzw. die dadurch zunehmende Möglichkeit der Substituierung von Kies und Sand in der Bedarfsberechnung über 25 Jahre hinweg berücksichtigt?
4. Mit welcher Mengenentwicklung bei der Produktion hochwertiger Sekundärrohstoffe – unter anderem durch das Recycling von Bauschutt, was letztlich als Substitut für Kies und Sand dienen kann – rechnet die Landesregierung in den kommenden 25 Jahren?
5. Mit welcher Entwicklung rechnet die Landesregierung bei der Nutzung alternativer Baumaterialien wie bspw. Holz, Lehm oder sonstiger biobasierter Werkstoffe in den kommenden 25 Jahren?

René Schneider  
Ibrahim Yetim